



Bundesnetzagentur

Bonn, 21. Februar 2024

Amtsblatt 04

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Regulierung

Vfg-Nr.		Seite
	Telekommunikation	
27	Frequenznutzungsbestimmungen für Erdfunkstellen des <u>Intelsat Inflight</u> Satellitenfunknetzes in den Frequenzbereichen 14–14,25 GHz (Richtung Erde – Weltraum), 10,7–11,7 GHz (Richtung Weltraum – Erde) und 12,5–12,75 GHz (Richtung Weltraum – Erde).....	120
28	Gesetz über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt (Funkanlagengesetz -FuAG): Allgemeinverfügung bezüglich eines Vertriebsverbotes für ein Gerät.....	121

Mitteilungen

Mit-Nr.		Seite
	Telekommunikation	
	Teil A	
	Mitteilungen der Bundesnetzagentur	
70	§ 68 Abs. 3 TKG; Änderung der Verfahrensordnung der Schlichtungsstelle Telekommunikation	122
71	§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG; Antrag der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen hier: BK11-23-009.....	122
72	§§ 192, 40 Abs. 5 S.1 i. V. m. §§ 14, 16, 12 Abs. 1 TKG; Konsultationsentwurf einer Entgeltgenehmigung in dem Verwaltungsverfahren aufgrund des Antrags der Telekom Deutschland GmbH vom 02.11.2023 auf Genehmigung von Entgelten für die monatliche Überlassung von Carrier-Festverbindungen CFV- Ethernet 2.0 und für Zusatzleistungen ab 01.04.2024; hier Berichtigung.....	123
73	Beabsichtigte Außerkraftsetzung einer Funk-Schnittstellenbeschreibung (SSB LA-NOE 029)	125
74	Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 30 Funkanlagengesetz (FuAG).....	125
75	Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 30 Funkanlagengesetz (FuAG).....	125

Mit-Nr.		Seite
76	Mitteilung und Veröffentlichung der Schnittstellenbeschreibungen durch die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze: <i>e.discom Telekommunikation GmbH</i>	126
77	Mitteilung und Veröffentlichung der Schnittstellenbeschreibungen durch die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze: <i>SachsenGigaBit GmbH</i>	126

Energie

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

78	EnWG § 118 Abs. 6; hier: Veröffentlichung eines Antrages der ENGIE Deutschland Erneuerbare GmbH.....	127
79	EnWG § 118 Abs. 6; hier: Veröffentlichung eines Antrages der ENGIE Deutschland Erneuerbare GmbH.....	127
80	EnWG § 118 Abs. 6; hier: Veröffentlichung eines Antrages der RWE Power Aktiengesellschaft.....	127
81	EnWG § 118 Abs. 6; hier: Veröffentlichung eines Antrages der EnBW Aktiengesellschaft.....	127
82	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-18/005A01.....	128
83	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-19/047A02.....	128
84	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/045.....	128
85	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/045A01.....	128
86	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/069.....	129
87	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/070.....	129
88	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/071.....	129
89	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/074.....	130
90	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/074A01.....	130
91	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/075.....	130
92	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-18/015.....	130
93	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-19/021.....	131
94	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-19/022.....	131
95	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-20/009.....	131
96	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-21/025.....	131

Mit-Nr.		Seite
97	Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-21/034	132
98	§ 118 Abs. 6 EnWG Freistellung Netzentgelte hier: BK4-23-642.....	132
99	§ 118 Abs. 6 EnWG Freistellung Netzentgelte hier: BK4-23-643.....	132
100	§ 118 Abs. 6 EnWG Freistellung Netzentgelte hier: BK4-23-644.....	132
101	§ 118 Abs. 6 EnWG Freistellung Netzentgelte hier: BK4-24-001.....	132

Eisenbahnen

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

102	Öffentliche Bekanntgabe der Verfahrenseinleitung in einer Allgemeinverfügung betreffend die Gewährung einer Ausnahme nach Art. 15 Abs. 10 DVO (EU) 2017/2177 (Stilllegungsverfahren für Serviceeinrichtungen) - BK10-24-0011_Z	133
-----	--	-----

Regulierung

Telekommunikation

Vfg Nr. 27/2024

Frequenznutzungsbestimmungen für Erdfunkstellen des Intelsat Inflight Satellitenfunknetzes in den Frequenzbereichen 14–14,25 GHz (Richtung Erde – Weltraum), 10,7–11,7 GHz (Richtung Weltraum – Erde) und 12,5–12,75 GHz (Richtung Weltraum – Erde).

Der Frequenzbereich 14–14,25 GHz ist in der Frequenzverordnung für die Bundesrepublik Deutschland (FreqV) vom 27. August 2013 (BGBl. I S. 3326) unter der laufenden Nummer

373 (14–14,25 GHz) dem FESTEN FUNKDIENSTE ÜBER SATELLITEN (Richtung Erde – Weltraum) und Mobilfunkdienst über Satelliten (Richtung Erde – Weltraum) D504A zugewiesen.

Die Nutzung erfolgt im Rahmen der internationalen Nutzungsbestimmung D504A:

D504A: Im Frequenzbereich 14–14,5 GHz dürfen Funkstellen an Bord von Flugzeugen des sekundär zugewiesenen Mobilfunkdienstes über Satelliten auch Kommunikationsverbindungen zu Weltraumfunkstellen des festen Funkdienstes über Satelliten betreiben.

Der Frequenzbereich 10,7–11,7 GHz ist in der FreqV unter der laufenden Nummer

366 (10,7–11,7 GHz) dem FESTEN FUNKDIENST und FESTEN FUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde) zugewiesen.

Die Nutzung erfolgt im Rahmen FESTER FUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde).

Der Frequenzbereich 12,5–12,75 GHz ist in der FreqV unter der laufenden Nummer

368 (12,5–12,75 GHz) dem FESTEN FUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde) (Richtung Erde – Weltraum) zugewiesen.

Die Nutzung erfolgt im Rahmen FESTER FUNKDIENST ÜBER SATELLITEN (Richtung Weltraum – Erde).

Für die Frequenzbereiche 14–14,25 GHz, 10,7–11,7 GHz und 12,5–12,75 GHz wird die Einhaltung folgender Standards, Entscheidungen und Empfehlungen in ihrer aktuellen Version vorausgesetzt: ERC/REC 74-01, ECC/DEC/(06)03, ECC/DEC/(05)11, ECC REPORT 272, EN 302 186, EN 301 489-20, ITU-R M.1643, ITU-R SM.1541-6 und VO Funk/ITU RR.

Bei den Nutzungen des Intelsat Inflight Satellitenfunknetzes handelt es sich um die Verbindung von **mobilen Erdfunkstellen** (Luftfahrzeuge; AES – Aircraft Earth Stations) **zu Luft** zu **geostationären Satelliten** unter der Systemkontrolle eines Satellitennetzes.

Nutzungen in den Frequenzbereichen 14–14,25 GHz, 10,7–11,7 GHz und 12,5–12,75 GHz, die die folgenden Frequenznutzungsbedingungen einhalten, bedürfen für den Betrieb im Rahmen der Frequenzzuteilung für das Intelsat Inflight Satellitenfunknetz keiner weiteren Frequenzzuteilung im Einzelnen. Darüberhinausgehende Frequenznutzungen bedürfen im Geltungsbereich des Telekommunikationsgesetzes (TKG) einer Einzelzuteilung durch die Bundesnetzagentur.

Nutzungsbestimmungen für Erdfunkstellen des
Intelsat Inflight Satellitenfunknetzes:

Maximale Bandbreite	6 MHz (Tx), 70,3 MHz (Rx)
Maximal abgestrahlte Leistung	50 dB(W) EIRP
Maximale Leistungsdichte	14,1 dB(W/4 kHz) EIRP
Polarisation	linear

Die Frequenznutzung ist nur zulässig, wenn eine Autorisierung durch das Satellitensystem besteht.

Hinweise:

- 1 Falls Änderungen der Frequenzzuordnungen durch die Internationale Fernmeldeunion (ITU) Auswirkungen auf bestehende, durch Satelliten genutzte Frequenzbereiche haben, ist der Inhaber der Frequenzzuteilung verpflichtet, einen entsprechenden Änderungsantrag bei der Bundesnetzagentur zu stellen.
- 2 Die Bundesnetzagentur übernimmt keine Gewähr für eine Mindestqualität oder Störungsfreiheit des Funkverkehrs. Ein Schutz vor Beeinträchtigungen durch andere bestimmungsgemäße Frequenznutzungen kann nicht in jedem Fall gewährleistet werden.
- 3 Für die Strahlungssicherheit und die elektrische und mechanische Sicherheit der Funkanlagen einschließlich der Antennenanlagen gelten die einschlägigen Bestimmungen und Vorschriften.
- 4 Eine Nutzung zugeteilter Frequenzen darf nur mit Funkanlagen erfolgen, die für den Betrieb in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen bzw. gekennzeichnet sind (§ 99 Abs. 6 TKG).
- 5 Rechtliche Verpflichtungen, die sich für die Frequenznutzer aus anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, auch telekommunikationsrechtlicher Art, oder Verpflichtungen privatrechtlicher Art ergeben, bleiben unberührt. Dies gilt insbesondere für Genehmigungs- und Erlaubnisvorbehalte (z. B. baurechtlicher und umweltrechtlicher Art).
- 6 Beauftragten der Bundesnetzagentur ist gemäß § 103 TKG die Prüfung der Frequenznutzungen am Betriebsort zu gestatten bzw. zu ermöglichen.
- 7 Der Frequenznutzer unterliegt hinsichtlich des Schutzes von Personen in den durch den Betrieb von Funkanlagen entstehenden elektromagnetischen Feldern den jeweils gültigen Vorschriften. Insbesondere dürfen – unabhängig von dieser Frequenzzuteilung und der Festlegung der standortbezogenen Frequenznutzungsparameter – ortsfeste Sendeantennen mit einer äquivalenten isotropen Strahlungsleistung (EIRP) von zehn oder mehr als zehn Watt erst betrieben werden, wenn die Bundesnetzagentur eine entsprechende Standortbescheinigung erteilt hat. Die Antragsunterlagen zum Standortverfahren sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur (www.bundesnetzagentur.de/emf) abrufbar oder können postalisch bei der Bundesnetzagentur abgefordert werden.

- 8 Die Herstellerfirmen, die Vertriebsfirmen bzw. andere Inverkehrbringer dieser Funkanlagen sind verpflichtet, die Nutzer dieser Funkanlagen auf diese Nutzungsbedingungen in geeigneter Form hinzuweisen.

Sonstiges:

Die Amtsblattverfügung 3/2013, veröffentlicht im Amtsblatt der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Nr. 3/2013 vom 20.02.2013, wird hiermit aufgehoben.

Die in Deutschland zugeteilten Satellitenfunknetze sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur (www.bundesnetzagentur.de/satellitenfunk >> Satellitenfunknetze >> Zugeteilte Satellitenfunknetze) veröffentlicht.

223-5

Vfg Nr. 28/2024

Gesetz über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt (Funkanlagengesetz -FuAG):

Allgemeinverfügung bezüglich eines Vertriebsverbotes für ein Gerät

Im Rahmen der Marktüberwachung nach dem FuAG wurde die Bundesnetzagentur darauf aufmerksam gemacht, dass das unten genannte Gerät nicht mit den Anforderungen des FuAG übereinstimmt.

Die Bundesnetzagentur erlässt auf Grund des § 23 Absatz 2 Nr. 4 i. V. m. § 30 Absatz 3 FuAG folgende

Allgemeinverfügung:

1. **Das weitere Bereitstellen, Inverkehrbringen und die Weitergabe des unten aufgeführten Gerätes wird untersagt.**

Angaben zum Gerät:

Produktart:	UHF PMR Transceiver
Modell:	KG-968
Markenzeichen:	WOXUN
Hersteller:	PIHERNZ COMUNICACIONES, S.A., Spanien

2. **Die Allgemeinverfügung gilt am Tag nach ihrer Veröffentlichung als bekanntgegeben.**

Begründung

I.

Die Bundesnetzagentur wurde am 26.10.2023 gemäß § 30 Absatz 1 FuAG darüber informiert, dass ein Mitgliedstaat der Europäischen Union eine markteinschränkende Maßnahme nach Artikel 40 der Funkanlagenrichtlinie 2014/53/EU getroffen hat.

Die zuständige Marktüberwachungsbehörde SETELECO Secretaria de Estado de Telecomunicaciones e Infraestructuras Digitales in Spanien hat eine Überprüfung der Konformität des oben genannten Gerätes durchgeführt.

Im Rahmen der formalen Prüfung seitens der zuständigen Marktüberwachungsbehörde wurde festgestellt, dass die CE Kennzeichnung auf dem Gerät nicht richtlinienkonform ist und die Konformitätserklärung fehlerhaft war und nicht den Anforderungen der Funkanlagenrichtlinie 2014/53/EU entspricht.

Das Gerät wurde zusätzlich einer messtechnischen Prüfung unterzogen. Der Prüfbericht des beauftragten Testlabors sagt aus, dass der Grenzwert für unerwünschte Aussendungen überschritten wurde.

Die Bundesnetzagentur konnte sowohl die formalen Mängel als auch das Ergebnis der messtechnischen Prüfung im Prüfbericht nachvollziehen und hält daher die Maßnahme der spanischen Marktüberwachungsbehörde für gerechtfertigt.

II.

Mit der Amtsblattmitteilung Nr. 228/2023 vom 22.11.2023 wurden die nationalen Wirtschaftsakteure gemäß § 30 Absatz 1 FuAG über diese markteinschränkende Maßnahme informiert und innerhalb einer Frist von vier Wochen konnten hierzu Stellungnahmen abgegeben werden.

Es sind keine Stellungnahmen bei der Bundesnetzagentur eingegangen.

Da weder von anderen europäischen Marktüberwachungsbehörden noch von der Europäischen Kommission Einwände erhoben wurden, gilt diese Maßnahme gemäß § 30 Absatz 3 FuAG als gerechtfertigt.

Die getroffene Maßnahme wird gemäß § 30 Absatz 3 FuAG im Amtsblatt der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Bundesnetzagentur, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder bei einer sonstigen Dienststelle der Bundesnetzagentur einzulegen.

Widerspruch und Klage gegen die oben getroffene Entscheidung haben nach § 36 FuAG keine aufschiebende Wirkung.

Es dient einer zügigen Bearbeitung Ihres Widerspruches, wenn er bei der **Bundesnetzagentur, Referat 412, Canisiusstraße 21, 55122 Mainz** eingelegt wird.

Hinweise

Für ein ganz oder teilweise erfolgloses Widerspruchsverfahren werden grundsätzlich Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Die Kosten des Vorverfahrens richten sich gemäß § 36 Absatz 2 FuAG nach § 226 des Telekommunikationsgesetzes.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass die Wirtschaftsakteure darauf zu achten haben, dass sie ihre Verpflichtungen nach dem FuAG einzuhalten haben. Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Pflichten verstößt. Diese Ordnungswidrigkeit kann mit einem Bußgeld geahndet werden.

412-4

Mitteilungen

Telekommunikation

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 70/2024

§ 68 Abs. 3 TKG;

Änderung der Verfahrensordnung der Schlichtungsstelle Telekommunikation

Die Schlichtungsordnung der Schlichtungsstelle Telekommunikation der Bundesnetzagentur (SchliO) wird infolge einer Neufassung des § 14 Absatz 1 Nummer 3 Verbraucherstreitbeilegungsgesetz geändert:

§ 7 Absatz 1 Nummer 10 der SchliO wird wie folgt gefasst:

„10. Ansprüche oder Rechtsverhältnisse, die Gegenstand des Streitbeilegungsverfahrens sind, zu einer Musterfeststellungsklage oder einer Abhilfeklage im Verbandsregister angemeldet wurden und die Klage noch rechtshängig ist.“

Diese Änderung tritt am 22. Februar 2024 in Kraft.

Die vollständige Schlichtungsordnung der Schlichtungsstelle Telekommunikation ist auf folgender Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht: https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Vportal/Schlichtung/Schlichtung_TK/start.html

Mitteilung Nr. 71/2024

§§ 149 Abs. 1 Nr. 5, 214 TKG i. V. m. § 192 TKG;

Antrag der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH auf Erlass einer Entscheidung im Streitbeilegungsverfahren über einen diskriminierungsfreien, offenen Netzzugang zu öffentlich geförderten Telekommunikationslinien oder Telekommunikationsnetzen hier: BK11-23-009

In dem Streitbeilegungsverfahren auf Antrag der Deutschen Glasfaser Wholesale GmbH (Antragstellerin) gegen die Telekom Deutschland GmbH (Antragsgegnerin) wegen der Gewährung eines diskriminierungsfreien offenen Netzzugangs zu geförderten Leerrohren hat die Beschlusskammer 11 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen mit Beschluss vom 06.02.2024 die folgende Entscheidung getroffen:

Die Antragsgegnerin wird verpflichtet, der Antragstellerin offenen Netzzugang in Form eines Zugangs zu Leerrohren des öffentlich geförderten Telekommunikationsnetzes der Antragsgegnerin im Projektgebiet der Antragstellerin – konkretisiert durch die der Antragsgegnerin bereits vorliegende, mit entsprechenden GIS-Daten unterlegte Projektgebietskarte – zu gewähren.

Zur Gewährung dieses Netzzugangs hat sie der Antragstellerin ein Angebot in der Weise zu legen, dass dieses zu jeder einzelnen Leerrohrtrasse folgende Informationen enthält:

Trassenidentifikationsnummer,

Technische Zugangspunkte zu geförderten sowie als gefördert geltenden Leerrohren mit Geodaten,

in der Trasse vorhandene Rohre, deren Anzahl sowie Länge, Typ (einschließlich Innendurchmesser) und Belegung.

Zusätzlich sind die Informationen nach Ziffer 2 Satz 1 in Form eines GIS-basierten Streckenplans vorzulegen, in dem der Verlauf sämtlicher angebotener Leerrohrstrecken digital dargestellt ist.

Die Angebotslegung nach Ziffer 1 und 2 hat unverzüglich spätestens bis zum 11.3.2024 zu erfolgen. Die Antragsgegnerin ist bis zum 11.4.2024 an dieses Angebot gebunden.

Der Antragsgegnerin wird untersagt, Kosten für die Angebotslegung nach Ziffer 1 und 2 von der Antragstellerin zu verlangen.

Sollte die Antragsgegnerin entgegen der obigen Anordnungen der Antragstellerin kein Angebot nach Ziffer 1, kein Angebot in der nach Ziffer 2 angeordneten Weise oder in der nach Ziffer 3 Satz 1 angeordneten Frist vorlegen oder entgegen Ziffer 4 von der Antragstellerin Kosten für die Angebotslegung verlangen, wird ihr jeweils die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe von 15.000 € angedroht.

Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

BK11-23-009

Mitteilung Nr. 72/2024

§§ 192, 40 Abs. 5 S.1 i. V. m. §§ 14, 16, 12 Abs. 1 TKG;

Konsultationsentwurf einer Entgeltgenehmigung in dem Verwaltungsverfahren aufgrund des Antrags der Telekom Deutschland GmbH vom 02.11.2023 auf Genehmigung von Entgelten für die monatliche Überlassung von Carrier-Festverbindungen CFV- Ethernet 2.0 und für Zusatzleistungen ab 01.04.2024;

hier Berichtigung

In dem Konsultationsentwurf BK2a-23/005 werden die tenorierten Entgelte 4M Kollokationszuführung aufgrund eines Büroversehens falsch ausgewiesen.

Die bisher ausgewiesenen Werte:

4M Kupfer, je Anschluss

Cluster	Anschlusstyp 4M (Kupfer) je Ende		Nettoentgelt SDSL in €	Nettoentgelt VDSL in €
I	Customer Sited	Short Range Segment		
II		Backbone Region		
III		Regio-Region		
IV		Country Region		
V	Kollokationszuführung	Short Range Segment		43,72
VI		Backbone Region		43,77
VII		Regio-Region		43,86
VIII		Country Region		43,93

werden wie folgt korrigiert:

4M Kupfer, je Anschluss

Cluster	Anschlusstyp 4M (Kupfer) je Ende		Nettoentgelt SDSL in €	Nettoentgelt VDSL in €
I	Customer Sited	Short Range Segment		
II		Backbone Region		
III		Regio-Region		
IV		Country Region		
V	Kollokationszuführung	Short Range Segment		35,29
VI		Backbone Region		35,35
VII		Regio-Region		35,43
VIII		Country Region		35,50



Ansonsten bleiben die tenorierten Entgelte unverändert. Ebenfalls bleibt die Beschlussbegründung unverändert.

Die Stellungnahmefrist zum Konsultationsentwurf wird auf den 28.02.2024 verlängert. Nach Fristablauf eingehende Stellungnahmen können nicht berücksichtigt werden.

BK 2a-23/005

Mitteilung Nr. 73/2024
Beabsichtigte Außerkraftsetzung einer Funk-Schnittstellenbeschreibung (SSB LA-NOE 029)

Die Bundesnetzagentur beabsichtigt, die nachstehende SSB außer Kraft zu setzen:

LA-NOE 029 – Schnittstellenbeschreibung für Funkanlagen geringer Leistung für induktive Anwendungen im Frequenzbereich 400–600 kHz
(Ausgabe: November 2014) notifiziert unter der Nr. 2015/0113/D.

Hintergrund ist, dass für diese Funkanlagen Europäische Regelungen gelten und zwar:

- die Europäische Schnittstellenbeschreibung Class 1 Subclass 75 und
- der Durchführungsbeschluss (EU) 2022/180 der Kommission vom 8. Februar 2022 (Amtsblatt der Europäischen Union, 10.02.2022, L 29/17), Band 17.

Eine nationale SSB ist damit – nach Auffassung der Bundesnetzagentur – entbehrlich und somit obsolet.

Den interessierten Kreisen der Öffentlichkeit wird hiermit die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Anregungen und Bedenken zur Außerkraftsetzung können **innerhalb von 6 Wochen nach Erscheinen dieser Mitteilung** an die E-Mail Adresse ssb@bnetza.de in deutscher Sprache eingereicht werden.

Die o. g. SSB ist auf der INTERNET-Seite der Bundesnetzagentur (<http://www.bundesnetzagentur.de>) unter „Fachthemen → Telekommunikation → Technik und Produktsicherheit → Funk-Schnittstellenbeschreibungen → Landfunk (LA) abrufbar.

Die Bundesnetzagentur prüft die vorgebrachten Anregungen und Bedenken. Diese werden im Amtsblatt der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Aufgrund der Veröffentlichung sollten keine Geschäftsgeheimnisse enthalten sein.

Eine Pflicht zur Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung besteht nicht. Die Bundesnetzagentur wird in Fällen besonderer Bedeutung das Ergebnis der Prüfung veröffentlichen oder einzelne Betroffene über das Ergebnis der Prüfung unterrichten. Die Bundesnetzagentur kann zur Klärung von widerstreitenden Belangen eine mündliche Anhörung durchführen. Eine Entscheidung über die Außerkraftsetzung der o. g. SSB erfolgt unter Würdigung der Ergebnisse des Verfahrens abschließend durch die Bundesnetzagentur. Die Außerkraftsetzung wird im Amtsblatt der Bundesnetzagentur veröffentlicht.

421

Mitteilung Nr. 74/2024
Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 30 Funkanlagengesetz (FuAG)

Die Bundesnetzagentur wurde von der spanischen Marktüberwachungsbehörde SETELECO darüber informiert, dass der Mitgliedstaat Spanien nach seinen Vorschriften eine markteinschränkende Maßnahme getroffen hat. Diese markteinschränkende Maßnahme betrifft folgende Funkanlage:

Produktart: Funkgeräte
Modell: UV-5RA
Markenzeichen: BAOFENG

Beschreibung der Nichtkonformität:

- der Grenzwert für unerwünschte Nebenaussendungen wurde überschritten
- die CE-Kennzeichnung auf der Funkanlage wurde nicht richtlinienkonform vorgenommen
- der Name, der eingetragene Handelsname oder die eingetragene Handelsmarke und die Postanschrift des Einführers fehlt auf der Funkanlage, auf der Verpackung oder in den der Funkanlage beigelegten Unterlagen
- Angaben zu Beschränkungen der Inbetriebnahme bzw. für die Nutzungsgenehmigung zu erfüllenden Anforderungen fehlen
- die Konformitätserklärung bzw. die vereinfachte Konformitätserklärung ist der Funkanlage nicht beigelegt
- Bedienungsanleitung ist fehlerhaft

Für die oben genannte Funkanlage soll die Bereitstellung auf dem europäischen Markt untersagt werden.

Den nationalen Wirtschaftsakteuren wird hiermit Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Dauer der Frist zur Stellungnahme beträgt gemäß § 30 Absatz 1 Satz 3 FuAG vier Wochen ab der Veröffentlichung dieser Amtsblattmitteilung. Die Stellungnahme ist an:

Bundesnetzagentur
Referat 412
Postfach 80 01
55003 Mainz
E-Mail: 412.Postfach@bnetza.de

als Brief oder per E-Mail zu richten.

412-4

Mitteilung Nr. 75/2024
Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 30 Funkanlagengesetz (FuAG)

Die Bundesnetzagentur wurde von der spanischen Marktüberwachungsbehörde SETELECO darüber informiert, dass der Mitgliedstaat Spanien nach seinen Vorschriften eine markteinschränkende Maßnahme getroffen hat. Diese markteinschränkende Maßnahme betrifft folgende Funkanlage:

Produktart: Funkgeräte
Modell: BF-888S
Markenzeichen: BAOFENG

Beschreibung der Nichtkonformität:

- der Grenzwert für EMV-Störaussendungen wurde überschritten
- die CE-Kennzeichnung auf der Funkanlage wurde nicht richtlinienkonform vorgenommen
- die Postanschrift des Herstellers fehlt auf der Funkanlage, auf der Verpackung oder in den der Funkanlage beigelegten Unterlagen
- der Name, der eingetragene Handelsname oder die eingetragene Handelsmarke und die Postanschrift des Einführers fehlt auf der Funkanlage, auf der Verpackung oder in den der Funkanlage beigelegten Unterlagen

- die Konformitätserklärung bzw. die vereinfachte Konformitätserklärung ist der Funkanlage nicht beigelegt
- die Bedienungsanleitung ist fehlerhaft

<https://www.sachsen-gigabit.com/wps/wcm/connect/gigabit/9336bedd-2f42-424a-80a8-0879ecd532be/Schnittstellenbeschreibung.pdf?MOD=AJPERES&CVID=o0pnvt4>

Für die oben genannte Funkanlage soll die Bereitstellung auf dem europäischen Markt untersagt werden.

423-1a

Den nationalen Wirtschaftsakteuren wird hiermit Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Dauer der Frist zur Stellungnahme beträgt gemäß § 30 Absatz 1 Satz 3 FuAG vier Wochen ab der Veröffentlichung dieser Amtsblattmitteilung. Die Stellungnahme ist an:

Bundesnetzagentur
Referat 412
Postfach 80 01
55003 Mainz
E-Mail: 412.Postfach@bnetza.de

als Brief oder per E-Mail zu richten.

412-4

Mitteilung Nr. 76/2024

Mitteilung und Veröffentlichung der Schnittstellenbeschreibungen durch die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze: e.discom Telekommunikation GmbH

Aufgrund von § 74 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) wird die Fundstelle der nachfolgenden Schnittstellenbeschreibungen

Technische Schnittstellenbeschreibung (Wholesale);
Schnittstellenbeschreibung

von der e.discom Telekommunikation GmbH veröffentlicht.

Interessenten können die Schnittstellenbeschreibungen über den folgenden Link erreichen:

<https://www.ediscom.de/de/ueber-ediscom/technische-dokumente.html>

423-1a

Mitteilung Nr. 77/2024

Mitteilung und Veröffentlichung der Schnittstellenbeschreibungen durch die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze: SachsenGigaBit GmbH

Aufgrund von § 74 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) wird die Fundstelle der Schnittstellenbeschreibung von der SachsenGigaBit GmbH veröffentlicht.

Interessenten können die Schnittstellenbeschreibungen über den folgenden Link erreichen:

Mitteilungen

Energie

Teil A Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 78/2024

EnWG § 118 Abs. 6;

hier: Veröffentlichung eines Antrages der ENGIE Deutschland Erneuerbare GmbH

Die ENGIE Deutschland Erneuerbare GmbH, Ella-Barowsky-Straße 44, 10829 Berlin, beantragt mit Schreiben vom 02.08.2023, wegen eines Betreiberwechsels, die Genehmigung zur Freistellung von den Netzentgelten auf Grundlage des § 118 Abs. 6 EnWG für das Pumpspeicherkraftwerk Reisach und für das Pumpspeicherkraftwerk Tanzmühle. Die Antragstellerin ist Eigentümerin der Pumpspeicherkraftwerke Reisach am Standort Reisach-Rabenleite, 92555 Trausnitz, und Tanzmühle am Standort Tanzmühle 4, 92723 Tännesberg, die zusammengefasst die Pumpspeichergruppe Pfreimd bilden. Der Antrag richtet sich auf die Genehmigung der Vereinbarung zur Freistellung von Entgelten für den Bezug der zu speichernden Energiemenge. Der betreffende Netzbetreiber ist die Bayernwerk AG, Lilienthalstraße 7, 93049 Regensburg. Das Verfahren wird bei der Beschlusskammer 4 unter dem Geschäftszeichen BK4-23-642 geführt.

BK4-23-642

Mitteilung Nr. 79/2024

EnWG § 118 Abs. 6;

hier: Veröffentlichung eines Antrages der ENGIE Deutschland Erneuerbare GmbH

Die ENGIE Deutschland Erneuerbare GmbH, Ella-Barowsky-Straße 44, 10829 Berlin, beantragt mit Schreiben vom 02.08.2023, wegen eines Betreiberwechsels, die Genehmigung zur Freistellung von den Netzentgelten auf Grundlage des § 118 Abs. 6 EnWG für das Pumpspeicherkraftwerk Reisach und für das Pumpspeicherkraftwerk Tanzmühle. Der Antrag richtet sich auf die Genehmigung ab dem Zeitpunkt des erstmaligen Bezugs von elektrischer Energie nach Abschluss der Erweiterungsmaßnahme. Der betreffende Netzbetreiber ist die Bayernwerk AG, Lilienthalstraße 7, 93049 Regensburg.

Das Verfahren wird bei der Beschlusskammer 4 unter dem Geschäftszeichen BK4-23-643 geführt.

BK4-23-643

Mitteilung Nr. 80/2024

EnWG § 118 Abs. 6;

hier: Veröffentlichung eines Antrages der RWE Power Aktiengesellschaft

Die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE Platz 6, 45141 Essen, hat mit Schreiben vom 04.12.2023 die Freistellung von den Netzentgelten auf Grundlage des § 118 Abs. 6 EnWG für das Pumpspeicherkraftwerk Wehr beantragt. Der Antrag richtet sich auf die Genehmigung ab dem Zeitpunkt des erstmaligen Bezugs von elektrischer Energie nach Abschluss der Erweiterungsmaßnahme. Der betreffende Netzbetreiber ist die Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund.

Das Verfahren wird bei der Beschlusskammer 4 unter dem Geschäftszeichen BK4-23-644 geführt.

BK4-23-644

Mitteilung Nr. 81/2024

EnWG § 118 Abs. 6;

hier: Veröffentlichung eines Antrages der EnBW Aktiengesellschaft

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Schelmenwasenstraße 15, 70567 Stuttgart hat mit Schreiben vom 23.01.2024 die Freistellung von den Netzentgelten auf Grundlage des § 118 Abs. 6 EnWG für das Pumpspeicherkraftwerk Wehr beantragt. Der Antrag richtet sich auf die Genehmigung ab dem Zeitpunkt des erstmaligen Bezugs von elektrischer Energie nach Abschluss der Erweiterungsmaßnahme. Der betreffende Netzbetreiber ist die TransnetBW GmbH, Osloer Straße 15–17, 70173 Stuttgart.

Das Verfahren wird bei der Beschlusskammer 4 unter dem Geschäftszeichen BK4-24-001 geführt.

BK4-24-001

Mitteilung Nr. 82/2024

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-18/005A01

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags der Gastransport Nord GmbH, Cloppener Straße 363, 26133 Oldenburg, vom 04.02.2021 auf Verlängerung der Genehmigungsdauer der nach § 23 Abs. 1 ARegV genehmigten Investitionsmaßnahme für das Projekt „Leitung Oude Statenzijl-Bunde mit GDRM-Anlage -10 432 02b“ hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen am 01.09.2021 beschlossen:

1. Die mit Beschluss BK4-18-005 vom 24.06.2019 erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „Leitung Oude Statenzijl/Bunde-Leer Mooräcker mit GDRM-Anlage -10 432 01“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird in Bezug auf Tenorziffer 2. gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. § 23 ARegV wie folgt geändert:

Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind für die Anlagengüter, die bis zum 31.12.2020 bereits als Fertiganlagen (aktivierte Anlagengüter, deren kalkulatorische Abschreibungen unter Berücksichtigung des § 6 Abs. 5 S. 4 GasNEV im Jahr 2020 begonnen haben) im Anlagevermögen aktiviert worden sind, bis 31.12.2022 befristet. Für die Anlagengüter, die bis zum 31.12.2020 noch nicht als Fertiganlagen (Anlagen im Bau) im Anlagevermögen aktiviert worden sind sowie für die nach dem 31.12.2020 entstehenden Anschaffungs- und Herstellungskosten (Fertiganlagen und Anlagen im Bau), sind die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze bis 31.12.2027 befristet.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt und darüber hinaus mit Schreiben vom 04.02.2021 geltend gemachte Änderungsbegehren werden abgelehnt.

3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-18/005A01

Mitteilung Nr. 83/2024

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-19/047A02

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Thyssengas GmbH, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 27.05.2022 folgenden Beschluss beschlossen:

1. Die mit Beschluss BK4-19-47 vom 11.08.2020, letztmalig geändert durch Beschluss BK4-19-047A01 vom 01.09.2021, erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „Reversierung der Verdichterstation Rysum und Errichtung einer bidirektionalen Gasdruckregel- und Messanlage in Emden - Projekt Nr. 4/2019“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. § 23 ARegV wie folgt geändert:

Der Tenor zu 1.) des Ausgangsbescheids wird durch folgenden Tenor ersetzt:

Die Investitionsmaßnahme wird für das Projekt „Reversierung der Verdichterstation Rysum und Errichtung einer bidirektionalen Gasdruckregel- und Messanlage in Emden - Projekt Nr. 4/2019“ in der technischen Ausführung des Änderungsantrags vom 28.10.2021 genehmigt.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt.

3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-19/047A02

Mitteilung Nr. 84/2024

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/045

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Nowega GmbH, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 01.07.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „L/H Gas Umstellung Netzbereich Kolshorn-Ahlten-Empelde“ wird genehmigt.

2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2022.

3. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.

4. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

5. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/045

Mitteilung Nr. 85/2024

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/045A01

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Nowega GmbH, Anton-Bruchhausen-Straße 4, 48147 Münster, vom 16.11.2021 auf Verlängerung der Genehmigungsdauer der nach § 23 Abs. 1 ARegV genehmigten Investitionsmaßnahme für das Projekt „L/H-Gas Umstellung Netzbereich Kolshorn-Ahlten-Empelde“ hat

die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 14.03.2022 beschlossen:

1. Die mit Beschluss BK4-20-045 vom 01.07.2021 erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „UH-Gas Umstellung Netzbereich Kolshorn-Ahlten-Empelde“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird in Bezug auf Tenorziffer 2. gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. § 23 ARegV wie folgt geändert:

Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2027.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt.

3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/045A01

Mitteilung Nr. 86/2024

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/069

In dem Verwaltungsverfahren auf Grund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, Pasteurallee 1, 30655 Hannover, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen am 02.07.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Erweiterung VDS Embsen“ wird genehmigt.

2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind vorläufig befristet bis 31.12.2022.

3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.

5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/069

Mitteilung Nr. 87/2024

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/070

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, Pasteurallee 1, 30655 Hannover, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 02.07.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Leitung NEL West“ wird genehmigt.

2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind vorläufig befristet bis zum 31.12.2022.

3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.

5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/070

Mitteilung Nr. 88/2024

Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/071

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, Pasteurallee 1, 30655 Hannover, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 02.07.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Erhöhung der Entrykapazität in Greifswald und Lubmin II“ wird genehmigt.

2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind vorläufig befristet bis zum 31.12.2022.

3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.

5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.

6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/071

Mitteilung Nr. 89/2024**Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/074**

In dem Verwaltungsverfahren auf Grund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Fluxys Deutschland GmbH, Elisabethstraße 11, 40217 Düsseldorf, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen am 02.07.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Leitung NEL West“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind vorläufig befristet bis 31.12.2022.
3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/074**Mitteilung Nr. 90/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/074A01**

In dem Verwaltungsverfahren auf Grund des Antrags der Fluxys Deutschland GmbH, Elisabethstraße 11, 40217 Düsseldorf, vom 16.06.2021 auf Verlängerung der Genehmigungsdauer der nach § 23 Abs. 1 ARegV genehmigten Investitionsmaßnahme für das Projekt „Leitung NEL West“ hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen am 01.09.2021 beschlossen:

1. Die mit Beschluss BK4-20-074 vom 02.07.2021 erfolgte Genehmigung einer Investitionsmaßnahme für das Projekt „Leitung NEL West“ (im Folgenden auch: Ausgangsbescheid) wird in Bezug auf Tenorziffer 2. gemäß § 29 Abs. 2 EnWG i. V. m. § 23 ARegV wie folgt geändert:

Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2027.

2. Im Übrigen bleibt der Ausgangsbescheid unberührt.
3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/074A01**Mitteilung Nr. 91/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Gasbereich, hier: BK4-20/075**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Fluxys Deutschland GmbH, Elisabethstraße 11, 40217 Düsseldorf, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 02.07.2021 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Erweiterung GDRM-Anlage Lubmin 2“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind vorläufig befristet bis zum 31.12.2022.
3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/075**Mitteilung Nr. 92/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-18/015**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 04.08.2020 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Implementierung der Anforderungen aus dem Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) zur Aggregation der intelligenten Messsysteme (168)“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2023.
3. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
4. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
5. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-18/015

Mitteilung Nr. 93/2024**Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-19/021**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Amprion GmbH, Robert-Schuman-Str. 7, 44263 Dortmund, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 07.12.2020 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Erweiterung der Anlage Rheinau (181)“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2023.
3. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
4. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
5. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-19/021**Mitteilung Nr. 94/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-19/022**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der Amprion GmbH, Robert-Schuman-Str. 7, 44263 Dortmund, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 02.03.2021 beschlossen:

1. Der Antrag wird abgelehnt.
2. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-19/022**Mitteilung Nr. 95/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-20/009**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der TenneT TSO GmbH, Bernecker Str. 70, 95448 Bayreuth, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen am 23.03.2022 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Leistungserhöhung im Raum Großkrotzenburg“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2023.
3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-20/009**Mitteilung Nr. 96/2024****Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-21/025**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der 50Hertz Transmission GmbH, Heidestraße 2, 10557 Berlin, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 18.01.2023 beschlossen:

1. Der Antrag wird abgelehnt.
2. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-21/025

Mitteilung Nr. 97/2024**Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV Strombereich, hier: BK4-21/034**

In dem Verwaltungsverfahren nach § 23 ARegV aufgrund des Antrags auf Genehmigung der Investitionsmaßnahme der TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth, hat die Beschlusskammer 4 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, am 05.04.2022 beschlossen:

1. Die Investitionsmaßnahme für das Projekt „Erweiterung des Prozessdatennetzes“ wird genehmigt.
2. Die Genehmigung und die Anpassung der Erlösobergrenze sind befristet bis 31.12.2023.
3. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
4. Der Antragstellerin wird auferlegt, den sich aus den Gründen ergebenden Mitteilungspflichten nachzukommen.
5. Die Genehmigung steht unter dem Vorbehalt des Widerrufs.
6. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Der vollständige Beschluss kann auf der Internet-Seite der Bundesnetzagentur abgerufen werden.

BK4-21/034**Mitteilung Nr. 98/2024****§ 118 Abs. 6 EnWG Freistellung Netzentgelte hier: BK4-23-642**

Die ENGIE Deutschland Erneuerbare GmbH, Ella-Barowsky-Straße 44, 10829 Berlin, beantragt mit Schreiben vom 02.08.2023, wegen eines Betreiberwechsels, die Genehmigung zur Freistellung von den Netzentgelten auf Grundlage des § 118 Abs. 6 EnWG für das Pumpspeicherkraftwerk Reisach und für das Pumpspeicherkraftwerk Tanzmühle. Die Antragstellerin ist Eigentümerin der Pumpspeicherkraftwerke Reisach am Standort Reisach-Rabenleite, 92555 Trausnitz, und Tanzmühle am Standort Tanzmühle 4, 92723 Tännesberg, die zusammengefasst die Pumpspeichergruppe Pfreimd bilden. Der Antrag richtet sich auf die Genehmigung der Vereinbarung zur Freistellung von Entgelten für den Bezug der zu speichernden Energiemenge. Der betreffende Netzbetreiber ist die Bayernwerk AG, Lilienthalstraße 7, 93049 Regensburg.

Das Verfahren wird bei der Beschlusskammer 4 unter dem Geschäftszeichen BK4-23-642 geführt.

Mitteilung Nr. 99/2024**§ 118 Abs. 6 EnWG Freistellung Netzentgelte hier: BK4-23-643**

Die ENGIE Deutschland Erneuerbare GmbH, Ella-Barowsky-Straße 44, 10829 Berlin, beantragt mit Schreiben vom 02.08.2023, wegen eines Betreiberwechsels, die Genehmigung zur Freistellung von den Netzentgelten auf Grundlage des § 118 Abs. 6 EnWG für das Pumpspeicherkraftwerk Reisach und für das Pumpspeicherkraftwerk Tanzmühle. Der Antrag richtet sich auf die Genehmigung ab dem Zeitpunkt des erstmaligen Bezugs von elektrischer Energie nach Abschluss der Erweiterungsmaßnahme. Der betreffende Netzbetreiber ist die Bayernwerk AG, Lilienthalstraße 7, 93049 Regensburg.

Das Verfahren wird bei der Beschlusskammer 4 unter dem Geschäftszeichen BK4-23-643 geführt.

Mitteilung Nr. 100/2024**§ 118 Abs. 6 EnWG Freistellung Netzentgelte hier: BK4-23-644**

Die RWE Power Aktiengesellschaft, RWE Platz 6, 45141 Essen, hat mit Schreiben vom 04.12.2023 die Freistellung von den Netzentgelten auf Grundlage des § 118 Abs. 6 EnWG für das Pumpspeicherkraftwerk Wehr beantragt. Der Antrag richtet sich auf die Genehmigung ab dem Zeitpunkt des erstmaligen Bezugs von elektrischer Energie nach Abschluss der Erweiterungsmaßnahme. Der betreffende Netzbetreiber ist die Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund.

Das Verfahren wird bei der Beschlusskammer 4 unter dem Geschäftszeichen BK4-23-644 geführt.

Mitteilung Nr. 101/2024**§ 118 Abs. 6 EnWG Freistellung Netzentgelte hier: BK4-24-001**

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Schelmenwasenstraße 15, 70567 Stuttgart, hat mit Schreiben vom 23.01.2024 die Freistellung von den Netzentgelten auf Grundlage des § 118 Abs. 6 EnWG für das Pumpspeicherkraftwerk Wehr beantragt. Der Antrag richtet sich auf die Genehmigung ab dem Zeitpunkt des erstmaligen Bezugs von elektrischer Energie nach Abschluss der Erweiterungsmaßnahme. Der betreffende Netzbetreiber ist die TransnetBW GmbH, Osloer Straße 15-17, 70173 Stuttgart.

Das Verfahren wird bei der Beschlusskammer 4 unter dem Geschäftszeichen BK4-24-001 geführt.

Mitteilungen

Eisenbahnen

Teil A

Mitteilungen der Bundesnetzagentur

Mitteilung Nr. 102/2024

BK10-24-0011_Z

**Betreiber und Eigentümer von Serviceeinrichtungen
Zugangsregulierung
Zugangsberechtigte
Art. 15 Abs. 10 Durchführungsverordnung (DVO) (EU) 2017/2177**

Gewährung einer Ausnahme von DVO (EU) 2017/2177

Öffentliche Bekanntmachung der Verfahrenseinleitung

Die **Bundesnetzagentur** hat von Amts wegen ein Verfahren auf Erlass einer Allgemeinverfügung nach Art. 15 Abs. 10 DVO (EU) 2017/2177 eingeleitet betreffend die Betreiber und Eigentümer von Serviceeinrichtungen der Eisenbahn.

Gemäß dieser Bestimmung können die Mitgliedstaaten zur behördlichen Kontrolle der Stilllegung von Serviceeinrichtungen (SE) auf bestehende Verfahren zurückgreifen, wenn die Regulierungsstelle hierzu Ausnahmen gewährt.

Anlass für die Einleitung des Verfahrens ist die zum 30.09.2024 auslaufende Befristung der mit Beschluss vom 07.06.2019 (Gz. BK10-19-0057_Z) durch die Bundesnetzagentur genehmigten Ausnahmeregelung.

Gegenstand des Verfahrens ist die Frage, ob für die Stilllegung von SE zukünftig die Regelungen der DVO oder wie bislang die Regelungen des § 11 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) Anwendung finden. Davon betroffen ist auch die Behördenzuständigkeit, da die behördliche Kontrolle der Stilllegung von SE bislang in die Zuständigkeit der Eisenbahnaufsichtsbehörden fällt.

Erste Überlegungen der Bundesnetzagentur zur Gewährung einer Ausnahme

Die Beschlusskammer erwägt derzeit, die Ausnahmeregelung unbefristet zu erlassen, so dass die Zuständigkeit weiterhin bei den Aufsichtsbehörden läge.

Zu den dargestellten Erwägungen der Bundesnetzagentur zur Gewährung einer Ausnahme können Sie bis zum **Mittwoch, dem 13.03.2024**, Stellung nehmen. Bitte senden Sie mögliche Stellungnahmen an das Postfach bk-eisenbahn@bnetza.de. Die Bundesnetzagentur ist daran interessiert, den Bedürfnissen des Marktes so weit wie möglich Rechnung zu tragen.

Sie werden gebeten, sofern Sie im Laufe des Verfahrens schriftliche Stellungnahmen abgeben möchten, diesen jeweils zugleich ein Zweitstück beizufügen, in dem Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse durch Schwärzung unkenntlich gemacht wurden. Diese Fassung der Stellungnahme wird den übrigen Verfahrensbeteiligten zur Kenntnis gegeben. Soweit in Ihrer Stellungnahme personenbezogene Daten (z. B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) enthalten sind, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es Ihnen obliegt, entweder eine Einwilligung

des Betroffenen in die Veröffentlichung seiner personenbezogenen Daten einzuholen oder die personenbezogenen Daten in der zur Veröffentlichung vorgesehenen Fassung zu schwärzen. Schwärzungen sind veränderungssicher vorzunehmen, so dass sie technisch nicht rückgängig gemacht werden können. Die gängigen Bearbeitungsprogramme für Dateien im „PDF-Format“ beinhalten hierfür besondere Funktionen. Bitte begründen Sie zudem die vorgenommenen Schwärzungen. Wenn Sie keine geschwärzte Fassung beifügen, geht die Bundesnetzagentur davon aus, dass Ihre Stellungnahme keine Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie keine geheimhaltungsbedürftigen personenbezogenen Daten enthält und die Bundesnetzagentur eine hier gefertigte Kopie unverändert weiterleiten kann.

Das Verfahren wird unter dem Geschäftszeichen **BK10-24-0011_Z** geführt.

Impressum

Herausgeber:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Redaktion:	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen Referat Z 15 Postfach 80 01 53105 Bonn Tulpenfeld 4 53113 Bonn Telefon: (02 28) 14 53 18 Telefax: (02 28) 14 65 33 E-Mail: amtsblatt@bnetza.de
Erscheinungsweise:	Das Amtsblatt der BNetzA erscheint nach Bedarf, in der Regel 14-täglich
Layout:	Innodata Germany GmbH, 48268 Greven
Bestellung/Versand:	Einzellieferung von älteren Ausgaben Telefon: (02 28) 14 53 18 Herr Gahre E-Mail: amtsblatt@bnetza.de Der Versand erfolgt gegen Rechnung